

02.09.2014

Antrag

der Fraktion der FDP

Betreuung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen in NRW verbessern – Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt muss Vorrang vor öffentlich geförderter Beschäftigung haben

I. Ausgangslage

Auf dem Arbeitsmarkt verschärft sich die Perspektivlosigkeit vieler Menschen. Die absolute Zahl der Arbeitslosen ist in NRW zwar leicht gesunken. Verantwortlich dafür sind aber vorrangig saisonale Effekte und nicht Aktivitäten der Landesregierung. Nahezu sämtlichen anderen Bundesländern gelingt es, zumindest bestimmte Bereiche der Arbeitslosigkeit aktiv zu bekämpfen. So sind in den anderen westdeutschen Flächenländern außer NRW nachhaltig Rückgänge zu verzeichnen, ob bei der SGB II-Arbeitslosenquote, der Quote der Bezieher von SGB III-Leistungen oder bei der Unterbeschäftigtenquote. Das zeigt: die rot-grüne Landesregierung versagt auf dem Gebiet vollständig und zementiert so die Perspektivlosigkeit vieler Bürgerinnen und Bürger. Das äußert sich insbesondere in der Langzeitarbeitslosigkeit, die sich – wie auch die Regionaldirektion der Agentur für Arbeit jüngst festgestellt hat – in NRW auf hohem Niveau verfestigt. In Deutschland lebt jeder dritte Langzeitarbeitslose in Nordrhein-Westfalen. Das sind beinahe 330.000 Menschen.

Es gibt Jobcenter in Nordrhein-Westfalen (z.B. in Hagen und Viersen), die seit Jahren einen „Betonsockel“ von Langzeitarbeitslosen haben. Die Anstrengungen der dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leiden unter der fehlenden Unterstützung durch die Landesregierung.

Schwerpunkte der Landespolitik zur Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit liegen auf der öffentlich geförderten Beschäftigung, der Kofinanzierung der Arbeitslosenberatung in Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren und der stärkeren Aktivierung und dem Coaching durch Jobcenter.

Die Landesregierung hat ein Modellvorhaben zur Integration von Langzeitarbeitslosen in öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgelegt. Die Erfahrungen zeigen, dass ein sozialer Arbeitsmarkt als einziges Mittel völlig unwirksam ist, um die strukturell verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern. Nur eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt wird daran mittel- und langfristig etwas ändern. Aber um dies zu erreichen, müs-

Datum des Originals: 02.09.2014/Ausgegeben: 02.09.2014

sen die Belange der kleinen und mittleren Unternehmen, deren Sorgen bei der Einstellung von Personal, insbesondere wenn es sich um die Teilhabe von Langzeitarbeitslosen handelt, beachtet werden. Kontraproduktiv wirken dabei höhere Sozialbeiträge und ein Mindestlohn auch für diese integrationswürdige Gruppe der Gesellschaft. Von daher ist als Erstes die Vorverlegung des Termins für die Sozialabgaben wieder rückgängig zu machen.

Im weiteren muss die Entwicklung vom reinen arbeitsmarkt- bzw. sozialpolitischen Träger von Beschäftigungsmaßnahmen hin zu sozialorientierten Unternehmen mit dauerhaften, langfristigen und nachhaltigen Arbeitsplatzangeboten zugunsten benachteiligter Menschen am Arbeitsmarkt gefördert werden. Statt Projektorientierung und Erfüllung arbeitsmarktpolitischer Vorgaben in einem öffentlich geförderten Sektor sollen marktkonforme Angebote entwickelt und Kundenbedürfnisse berücksichtigt werden.

Qualifikation ist der Schlüssel, der Menschen die Tür in die Arbeitswelt öffnet. Dies ist jetzt die vordringlichste Aufgabe. Das Land NRW unterstützt dazu Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen. In Bezug auf die Qualifikation von Arbeitslosen (insbesondere von Langzeitarbeitslosen) kommt es darauf an, niedrighschwellige Angebote zu machen. Teilqualifikationen bieten für bestimmte Zielgruppen die Möglichkeit, statt einer relativ langen (bis zu 3 1/2-jährigen) Ausbildung, einzelne Ausbildungsmodulare – so genannte Teilqualifikationen aus bestehenden Ausbildungsinhalten – zu absolvieren. Es gibt in vielen Unternehmen Tätigkeiten, für die eine abgeschlossene Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nicht zwingend erforderlich ist. Oft hilft es den Betrieben schon, wenn ein Bewerber z.B. eine Metallgrundausbildung abgeschlossen hat.

Insbesondere haben Pilotprojekte gezeigt, dass die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen dann erfolgreicher ist, wenn die Vermittler vor Ort die Kunden intensiver betreuen. Mit individueller Betreuung und gezielter Förderung ist ein Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt möglich. Die Unterstützung der Jobcenter bei der Umsetzung des Work-First-Ansatzes ist fortzusetzen.

Vor dem Hintergrund, dass die bisher geförderten Maßnahmen und Projekte nicht zu einer deutlichen und nachhaltigen Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit in NRW geführt haben, besteht dringender Handlungsbedarf für die Landesregierung. Mit den Projekten und Maßnahmen müssen mehr Personen erreicht werden. Daher ist eine Steigerung der Aktivitäten notwendig, um die Zahl der Langzeitarbeitslosen nachhaltig zu senken. Wir fordern daher eine qualitative und quantitative Ausweitung der Programme. Prämissen sollen eine stärkere, nachhaltige Betreuung und mehr Qualifizierungen sein. Die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt soll Vorrang vor der öffentlich geförderten Beschäftigung haben.

II. Beschlussfassung

Der Landtag beschließt:

1. Die Landesregierung prüft, inwieweit die Vermittlung von Teilqualifikationen ein geeigneter Weg zur Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen ist.
2. Die Landesregierung führt gemeinsam mit der Regionaldirektion NRW der Agentur für Arbeit Gespräche mit denjenigen Jobcentern, die bisher noch nicht den Work-First-Ansatz einsetzen.

3. Die Landesregierung erstellt einen Bericht, der die Hindernisse und Schwierigkeiten zur Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in kleinen und mittelgroßen Unternehmen in NRW untersucht.
4. Die Landesregierung richtet ihre Aktivitäten in einem öffentlich geförderten Arbeitsmarkt stärker auf Kundenbedürfnisse und die Entwicklung von marktkonformen Angeboten aus.
5. Die Landesregierung soll die Initiative der FDP-Fraktion, welche die Vorverlegung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge wieder rückgängig machen soll, unterstützen und zu einem raschen Abschluss führen.

Christian Lindner
Christof Rasche
Ulrich Alda
Susanne Schneider

und Fraktion